

Länger gemeinsam lernen auch in Sachsen?

Initiative „Sachsens Zukunft – Eine Schule für alle“
im Gespräch mit Kultusminister Flath



Am 4. Oktober 2006 fand in Dresden ein erstes Gespräch zwischen Initiatoren und Unterstützern des Aufrufes „Sachsens Zukunft – Eine Schule für alle. Mehr Chancengleichheit durch längeres gemeinsames Lernen“ und dem Staatsminister für Kultus, Steffen Flath, statt.

Gegenstand des Gesprächs war der Austausch der unterschiedlichen Auffassungen zur zukünftigen Schulentwicklung in Sachsen, die im Aufruf der Initiative und in der Antwort des Kultusministers auf diesen Aufruf zum Ausdruck kommen.

Dem Aufruf der GEW Sachsen „Sachsens Zukunft – eine Schule für alle!“ vom Dezember 2005 folgten bis zum April 2006 neun weitere Organisationen und Initiativen. Gemeinsam beschlossen sie, am 13. Mai 2006 in Leipzig eine erste größere Veranstaltung zum Anliegen der Initiative durchzuführen. Auf die Einladung zu dieser gemeinsamen Konferenz des Bündnisses für längeres gemeinsames Lernen in einem integrativen Schulsystem hatte Kultusminister Flath Ende April 2006 mit einem Positionspapier unter dem Titel „Jeder zählt – gerechte Chancen für alle an Sachsens Schulen“ reagiert, in dem er dem Bündnis u. a. vorwarf, die Erfolge des gegliederten sächsischen Schulsystems zu negieren, das von den Lehrer/innen bisher geleistet in Frage zu stellen, Unruhe in die Schulen zu tragen und die „Einheitsschule ... als Allheilmittel gegen alle Beschwerden“ einführen zu wollen.

Die Reaktion von Kultusminister Flath auf den Aufruf der Initiative, dem sich auch die Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD Sachsen angeschlossen hat, führte seinerzeit zu einem ernsthaften Konflikt in der Koalition. Da der Kultusminister sein Positionspapier an alle sächsischen Schulen geschickt und auch auf dem Bildungsserver veröffentlicht hatte, sah sich der SPD-Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Thomas Jurk veranlasst, ebenfalls die sächsischen Schulen anzuschreiben, um die positive Haltung der SPD zum längeren gemeinsamen Lernen zu unterstreichen und klarzustellen, dass die Gemeinschaftsschule im Koalitionsvertrag als gemeinsames Projekt von SPD und CDU verankert wurde und nun auch realisiert wird.

Das Gespräch am 04. Oktober, an dem seitens der Initiative die Landesvorsitzende und der Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit der GEW, Vorstandsmitglieder des Landesschülerrates und des Landeselternrates sowie die schulpolitischen Sprecherinnen der Parteien Bündnis 90/ Die Grünen und Linkspartei.PDS teilnahmen, verlief in einer sehr offenen und konstruktiven Atmosphäre. Die Vertreter/innen des Bündnisses verwiesen insbesondere auf die in Sachsen nach wie vor zu geringe Abiturientenquote, den zu hohen Anteil von Förderschülern an der Gesamtschülerzahl, die zu große Zahl von Schulabgängern ohne Schulabschluss und die unzureichende Durchlässigkeit zwischen den Schularten – alles Defizite, die dem gegliederten Schulsystem mit seinem frühen „Sortieren“ von Schülern in vermeintlich begabungsgerechte Bildungswege geschuldet sind.

Den klaren Fakten zu diesen Problembereichen des sächsischen Schulsystems konnte auch der Kultusminister nicht ausweichen. Er erklärte sich deshalb auch bereit, über einige „Herausforderungen der sächsischen Schulentwicklung“ – wie er die klar benannten Defizite lieber formuliert haben will - weiter diskutieren zu wollen. Dabei soll es z. B. um folgende Fragen gehen: Wie kann es gelingen, den Anteil von Förderschülern an der Gesamtschülerzahl zurückzuführen und gleichzeitig die Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss zu verringern? Wie kann die Durchlässigkeit zwischen den Schularten verbessert und wie können mehr Schüler zum Abitur geführt werden?

Einig war man sich vor allem in dem Ziel, jede/n Schüler/in so optimal wie möglich zu fördern. Über das „wie“ und die notwendigen Rahmenbedingungen konnte man sich indes nur punktuell einigen. Während Kultusminister Flath die Lösung dieser Probleme innerhalb des jetzigen gegliederten Schulsystems für möglich hält und eine Änderung des Schulgesetzes ablehnt, sind die Vertreter der Initiative für ein längeres gemeinsames Lernen der Auffassung, dass dies nur in einem auch von der äußeren Struktur her integrativen Schulsystems möglich ist, was natürlich eine Änderung des Schulgesetzes erfordern würde.

Beide Seiten verständigten sich, den begonnenen Dialog trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Strukturfrage fortzusetzen. Auch eine Teilnahme an einer Veranstaltung der Initiative schloss der Minister nicht aus. Sein von Unterstellungen und nicht belegbaren Behauptungen gegenüber der Initiative geprägtes Positionspapier hat er direkt nach dem Gespräch vom Sächsischen Bildungsserver entfernt. Dieses positive Signal ist dem weiteren Dialog sicher förderlich. Dennoch bleibt der sächsische Kultusminister klar erkennbar ein Gegner des gemeinsamen Anliegens des von uns initiierten Bündnisses, das längere gemeinsames Lernen von Kindern weit über die 4. Klasse hinaus auch in Sachsen zu ermöglichen. Entsprechend halbherzig engagiert er sich auch bei der Bildung von Gemeinschaftsschulen, wie sie der Koalitionsvertrag von CDU und SPD vorsieht.

Aus „e&w Sachsen“, Ausgabe 11-2006